

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Zündholzskandal im Ausschuss.

Stundenlange Geschäftsordnungsdebatte.

Die Regierungsparteien beabsichtigen, das Zündholzgesetz trotz des gestrigen Reichstagsbeschlusses mit allen Mitteln noch vor Ostern durchzusetzen. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss erlebte heute vormittag eine stundenlange Geschäftsordnungsdebatte. Herr Behrens, der mit einer Blume im Knopfloch erschienen war, erklärte, er habe nicht gewußt, daß er im Ausschussrat einer Gesellschaft sitze, deren Mehrheit in den Händen des riesigen amerikanischen Zündholztrüsts sei. Die Genossen Robert Schmidt und Heinig wiesen nach, wie wenig solchen Erklärungen Glauben beizumessen sei. Um 1/2 Uhr nachmittags dauerte die Debatte noch fort.

Die Bürgerblockpresse deckt das Feuer zu!

Die berufsmäßigen „Reiniger Deutschlands“ haben gestern im Reichstag eine schwere Schlappe erlitten. Der christlich-nationale Bundarbeitsführer als Ausschussrat in einer Zündholz-A.-G. und Sachwalter des Trustkapitals im deutschen Reichstag — was hätte das für wunderbare Entrüstungsreden gegeben, wenn ein Angehöriger der Linksparteien in der Doppelrolle des Behrens aufgetreten wäre!

So aber gilt für die gesamte Bürgerblockpresse heute die Mahnung: Totschweigen! Nur nicht reden! Der offizielle deutsch-nationale Pressedienst gibt den Provinzblättern über die Blamage eines seiner Prominenten nur den einfachen Satz: „Bei Beginn der Reichstagsberatungen wurde das Zündholzgesetz nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen.“ Kein Wort mehr, kein Wort vom christlich-nationalen Ausschussratsarbeitsführer des Trustkapitals!

Ganz ähnlich verhalten sich die Blockblätter in Berlin. Nur ganz versteckt und ganz verschämt findet sich eine Bemerkung, daß die Blockparteien zu schwach vertreten waren und deshalb überstimmt wurden. Das enthält das Eingeständnis, daß der Bürgerblock bei voller Besetzung es für das Natürlichste auf der Welt halten würde, wenn das Ausschussratsmitglied des Interessentenverbandes Berichterstatter des Reichstagsausschusses ist und bleibt, daß das Trustkapital über einen deutsch-nationalen „Arbeiter“ abgeordnet seine Fäden selbst ins Plenum des Reichstages zieht!

Der Abgeordnete Behrens ist ein Zögling aus der Antifemilenschule des ehemaligen Hofpredigers Stoeker. Dort hat er von „jüdischer Korruption“ so viel gelernt, daß

er jetzt Ausschussrat und Sachwalter eines internationalen Trusts spielen kann, sogar im deutschen Reichstag und mit Billigung der Deutschnationalen, der Stresemann-Partei und des — Zentrums!

Vor uns liegt eine deutsch-nationale Propagandaschrift — Vortragsentwurf Nr. 5 —, die der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen, Dr. Weiß, für die Redner im Lande herausgibt und die den Zweck hat, die deutsch-nationale Regierungsbeteiligung widerstrebenden Wählern mundgerecht zu machen. In dieser Schrift finden wir auf Seite 8 diese Kennzeichnung deutsch-nationaler Blockpolitik:

Denn wie sieht es tatsächlich bei uns aus? Die Korruption wächst von Tag zu Tag, die Futtermittelwirtschaft wird mit herausfordernder Offenheit betrieben, die die schwersten Gefahren für das Staatsganze mit sich bringt.

Dr. Weiß ist der Mann, der die gestohlenen Aktien aufkaufte, von denen jetzt im Prozeß Stresemann fortwährend die Rede ist. Dr. Weiß hat sich also der Hehlerei schuldig gemacht, um politische Brunnenvergiftung unterstützen zu können. Er ist als Geschäftsführer der Deutschnationalen berufen, über Korruption zu schreiben. Aber daß er den Fall Behrens bei Niederschrift seiner Broschüre schon vorausgesehen hat, zeigt ihn von einer ganz besonderen Seite. Seine Intelligenz ist augenscheinlich stärker als das politische Reinsichtsbedürfnis seiner Partei!

China und Albanien.

Auswärtiger Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages verabschiedete heute das Zusatzabkommen zu dem deutsch-französischen Handelsabkommen und beschäftigte sich sodann mit den neuesten Vorgängen in China, über die Außenminister Stresemann und der Dirigent der ostasiatischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Graumann berichteten. In der Debatte sprachen die Deutschnationalen v. Kemnitz und Hoeßsch, der Kommunist Stöcker, Rheinbaben (Sp.) und Genosse Breitscheid.

Der Auswärtige Ausschuss beschäftigte sich sodann mit der albanischen Angelegenheit, über die nach dem Bericht des Ministers die Abg. Birih (Str.), Breitscheid (Soz.), Hoeßsch (Dtn.), Schnee (Sp.) und Stöcker (Komm.) sprachen.

Die Aktion in Peking.

Erlaubnis der Diplomaten, weil das durchsuchte Gebäude nicht mehr extraterritorial ist.

Peking, 7. April. (WIB.) Der russische Geschäftsträger Tschernych hat gegen das Vorgehen der chinesischen Polizei beim nordchinesischen Außenministerium energischen Protest erhoben. Dem Peking-Korrespondenten der „Morning Post“ zufolge ist den chinesischen Behörden die Erlaubnis zum Betreten des Gesandtschaftsviertels von dem Doyen des diplomatischen Korps, dem niederländischen Gesandten Oudendyk, erteilt worden.

Zur Aktion gegen die russische Botschaft scheint man „vorsichtshalber“ nicht Soldaten, sondern Polizei verwendet zu haben, die den gesamten Komplex der russischen Botschaft am Mittwoch vormittag umstellte, aber nur die angeblich nichtextraterritorialen Gebäude durchsucht haben soll, wobei etwa 60 Chinesen — unter ihnen der Führer der kommunistischen Partei — verhaftet, außerdem 21 Russen festgenommen worden sind. Große Mengen Propagandaliteratur und Waffen sollen beschlagnahmt worden sein. Jede telephonische Verbindung mit der russischen Botschaft war bis in die vorgeklärten Abendstunden des gestrigen Tages unmöglich!

Der russische Vertreter in Peking hat bereits am Mittwoch nachmittag bei den fremden Gesandtschaften gegen diese Verletzungen des Völkerrechts und der internationalen Verträge protestiert.

Die Londoner Meldung, daß eine große Anzahl der Verhafteten hingerichtet worden seien, ist bisher in keiner Weise bestätigt.

Wie die Ermächtigung zustande kam.

Paris, 7. April. (Havas.) Französisch-offiziell wird erklärt: Die chinesischen Behörden hätten beim diplomatischen Korps einen Antrag auf Hausdurchsuchung in einer russischen Bank gestellt, die im Gesandtschaftsviertel liegt. Diese Bank ist in dem früheren russischen Postgebäude untergebracht und kann daher, da die Sowjetregierung auf ihre sämtlichen Vorrechte in China verzichtet hat, ein Extraterritorialitätsrecht für sich nicht in Anspruch nehmen. Das diplomatische Korps hat sich deshalb der Hausdurchsuchung nicht widersetzen können. Unter diesen Umständen sind die chinesischen Behörden ermächtigt worden, in das Gebäude der russischen Bank einzudringen.

Schanghai, 7. April. (WIB.) Ein Telegramm der russischen Botschaft in Peking von 5 Uhr nachmittags an den hiesigen russischen Generalkonsul besagt, der Vorstoß der Polizei sei von den Behörden genehmigt worden. Der Sekretär der Verwaltungskommission des

Gesandtschaftsviertels habe in diesem Sinne an die Sowjetbotschaft telegraphisch mit dem Hinzufügen, daß eine Durchsuchung der eigentlichen Botschaft nicht gestattet werden würde.

Tschangtscholin-Justiz gegen die Verhafteten.

London, 7. April. (Til.) Nach einer Reutermeldung aus Peking hat Tschangtscholin einigen Befehlshabern von dem Ueberfall auf die Sowjetbotschaft und von den Verhaftungen telegraphisch Kenntnis gegeben. Er fügte hinzu, daß die Hauptgefahr für den Frieden in Peking nunmehr beseitigt sei. Gegen die Verhafteten werde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Diese rebellischen Ruhestörer, die für die Verbreitung des Bolschewismus verantwortlich seien, verdienten keinen Pardon.

Japanische Ermunterung für Tschangtscholin?

London, 7. April. (WIB.) Der Peking-Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet, es werde angenommen, daß Japan Tschangtscholin Garantien gegen einen sowjet-russischen Angriff gegeben habe. Anderenfalls würde er es nicht gewagt haben, einen Krieg in der Mandchurei herauszufordern.

Nachträgliche Begründung des Streichs.

Peking, 7. April. (Reuter.) Die Antuoschun-Führer (offenbar Tschangtscholin's Zivilvertragsangestellte. Red.) erklären, die Hausdurchsuchung in der Sowjetbotschaft hätte schlagende Beweise dafür geliefert, daß die Sowjetregierung eine Verschwörung gegen die bestehende Ordnung Nordchinas unterhalte. Auf Tschangtscholin's Ersuchen habe Außenminister Wellington Au eine Protestnote an den russischen Geschäftsträger vorbereitet, in der ausgeführt werde, daß die Botschaft Verächtlern Unterschlupf gewähre und die Herrschaft der gesetzmäßigen Regierung zu erschüttern veruche. Viele betrachteten den Abbruch der Beziehungen zwischen Peking und Moskau als wahrscheinlich. Wie verlautet, sei es der Militärattache der Sowjetrepublik gewesen, der versucht habe, die Dokumente zu verbrennen, die, wie man behauptet, auf eine ausgeübte Verschwörung schließen ließen.

Derart belastende und daher wichtige Dokumente wird man schwerlich in einem nicht extraterritorialen Nebengebäude aufbewahren — noch dazu im Nachbereich eines Erzfeindes! (Red. d. „A.“)

Geflerters Nachfolger.

Der kommende Wehrminister des Bürgerblocks.

Allerdings ist der Herr Geflert noch übertroffen worden durch seinen Nachfolger, den Herrn Kollegen Brünninghaus — ich meine Nachfolger in der Rednerfolge. (Heiterkeit links.)

Abg. Eggerstedt (Soz.) am 30. März 1927 im Reichstag.

Geflert soll im Mai gehen wollen, und als sein Nachfolger wird Herr Brünninghaus genannt. Wie das vorstehende Zitat zeigt, spielt der Parlamentswitz bereits mit dieser Version. Herr Brünninghaus Reichswehrminister des Bürgerblocks! Die beiden passen zueinander.

Herr Brünninghaus hat sich neuerdings im negativen Sinne berühmt gemacht durch seine Verteidigung der Marinejustizmorde von 1917 und der Admiralsrebellion von 1918, wie die bekannten Vorgänge vom Genossen Dittmann bezeichnet worden sind. Herr Brünninghaus hat sich dabei völlig identifiziert mit der brutalen Selbstherrlichkeit der kaiserlichen Admiralität, so daß er innenpolitisch für jeden Vinkspolitiker und Republikaner gefürchtet ist. Das Mißtrauen, das sich Herr Geflert immerhin erst in sieben Jahren „erworben“ hat, würde Herrn Brünninghaus als Wehrminister vom ersten Tage seiner Amtsführung an von der Linken in dreifacher Potenz entgegengebracht werden. Er eignet sich deshalb zweifellos ganz besonders zum Wehrminister des Bürgerblocks.

Aber Herr Brünninghaus ist auch sonst kein ganz unbekanntes Blatt und seine Ernennung zum Reichswehrminister würde in den nationalistischen Kreisen in Frankreich und England mit einem Schmunzeln der Genugtuung begrüßt werden. Ist es doch so leicht, ihn den Chauvinisten jenseits des Rheins und den Jingos jenseits des Kanals als deutschen See-Bauwau aus der Kriegszeit vorzustellen, dem gegenüber kein Entgegenkommen bezüglich der Rheinlandräumung und der militärischen Fragen am Platze sei.

Herr Brünninghaus gehörte im Weltkrieg zu den marinetchnischen Autoritäten unserer schwerindustriellen Annehmlichkeiten und Kriegsvorkämpfer. Vom Herrn v. Tirpitz hatte er gelernt, die Wahrheit über den U-Bootkrieg in einer Weise zu sagen, „daß sich die Balken bogen“, und er produzierte sich mit Herrn Hergt um die Wette als Prophet und Wahrsager über Amerikas Kriegshilfe für die Entente.

Als alle Welt im In- und Auslande sich längst klar war über das völlige Fiasco des uneingeschränkten U-Bootkrieges und die Katastrophe für Deutschland durch das Eingreifen Amerikas heraufzuziehen sah um die Jahreswende 1917/18 — am 30. Dezember 1917 —, hielt der Direktor des Staatsdepartements im Reichsmarineamt, Kapitän zur See Brünninghaus bei einem „Jahresessen“ des Kriegsausschusses der Deutschen Industrie im Hotel Adlon in Berlin eine fulminante Rede auf die grandiosen Erfolge des U-Bootkrieges und das Versagen der amerikanischen Hilfe für die Entente. Die Industriegemalten, die sich in ihren annekstionistischen Plänen gegenüber Belgien und Frankreich, blind und taub gegenüber offenkundigen Tatsachen und den einfachsten Erwägungen der Vernunft, ohnehin hoffnungslos verrannt hatten, wurden von diesem „Marinefachverständigen“ in ihrem Annekstionswahnstimm noch bestärkt. Herr Brünninghaus prahlte in seiner Rede:

Irgendwie ernstlich in Frage gestellt kann die Durchführung des U-Bootkrieges und seine fortschreitende Wirkung durch alle bisherigen Abwehrmittel nicht werden. In diesem Kriege ist eben gegen das U-Boot kein Krautgewachsen.

Dabei war zu jener Zeit bereits ein halbes Jahr verstrichen seit der Friedensresolution des Reichstages, die ihren Grund in der allgemeinen Erkenntnis von dem Versagen des uneingeschränkten U-Bootkrieges gehabt hatte! Herr Brünninghaus aber pries den U-Bootkrieg noch immer als das Allheil mittel an, das England zum Frieden zwingen werde. Er redete von „dem Unvermögen Amerikas, durch Schiffsneubauten den Krieg zugunsten der Entente zu entscheiden“ und vertiefte sich schließlich zu folgenden sachverständigen Weisungen:

Meine Herren! Ein kurzes Wort über die amerikanischen Truppenendungen... Ich spreche eine Tatsache aus, wenn ich sage, daß Frankreich und England nur die Wahl haben zwischen militärischer oder wirtschaftlicher Hilfe Amerikas. Soldaten und Lebensmittel kann Amerika in verhältnismäßigem Umfang nicht schicken. Dazu ist kein Frachtraum vorhanden und kann auch, da er immer mehr abnimmt, nicht geschaffen werden. Amerika selbst soll den Franzosen, auch hierin Geschäftsmann, geraten haben, Lebensmittel zu nehmen. Und, meine Herren, es bleibt der Entente ja auch gar nichts anderes übrig. Denn selbst wenn Amerika im Laufe des nächsten Sommers trotz der immer mehr abnehmenden Lonnage einige hunderttausend Mann nach Europa schicken sollte, so würden diese Soldaten doch nur zusammen mit den Franzosen hungern können.

Solche Einfalt entwarfneht einfach. Die annekstionistischen Industrielassen aber ließen damals durch den Mund des Herrn Kommerzienrats Friedrich mit Genugtuung feststellen — so heißt es wörtlich in der über das „Jahresessen“ herausgegebenen offiziellen Broschüre —:

daß gegenüber den trampschönen Bemühungen englischer Staatsmänner, das Bild der durch den U-Bootkrieg geschaffenen Lage zu verzerren, heute von autoritativer Seite der wirklich

Die Stadt Berlin als Lohnprücker.

Gescheiterte und vertagte Verhandlungen.

Der Magistrat der Stadt Berlin hatte sehr lange gebraucht, um zu den Lohnforderungen der Gemeindegewerkschaft Stellung zu nehmen. Das Ergebnis dieser langen Überlegungen ist aber derart, daß die Verhandlungen von vornherein scheiterten. Als Abgeltung für die seit der letzten Lohnerhöhung eingetretene Teuerung, sowie der am 1. April vorgenommenen Mietsteigerung wie auch der am 1. Oktober zu erwartenden weiteren Steigerung der Mieten hat der Magistrat den Arbeitern der Kammereibetriebe eine „Lohnerhöhung“ in der Höhe von ganzen 4 Pfennigen angeboten. Aber auch dazu hat er noch die Bedingung geknüpft, daß der Lohnsatz bis zum 31. März 1928 in Kraft bleiben soll.

Die Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes haben angesichts dieses unglücklichen Angebots die Erklärung abgegeben, daß jede Verhandlung darüber zwecklos sei. Zunächst wird das tarifliche Schiedsgericht morgen zusammentreten, um einen Versuch zur Einigung in der Lohnfrage herbeizuführen. Wenn der Magistrat seine Auffassung von der Notwendigkeit der Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter nicht einer gründlichen Nachprüfung unterzieht, wird es auch morgen gewiß nicht zu einer Einigung kommen.

Auch bei den städtischen Gas- und Wasserwerken sind die Verhandlungen bekanntlich gescheitert. Das gleiche gilt für die städtischen Elektrizitätswerke. Darüber wird am Sonnabend vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß die Verhandlungsmethoden der dafür verantwortlichen Stellen des Magistrats keineswegs geeignet sind, zu einer friedlichen Regelung der Lohnverhandlungen zu führen. Bei den städtischen Arbeitern herrscht vielmehr der Eindruck vor, daß man es auf einen offenen Konflikt abgesehen hat.

Die Hoffnung, die wir hier ausgesprochen haben, daß der Magistrat zur Einsicht kommen wird, den durchaus bescheidenen Lohnforderungen der städtischen Arbeiter gerecht zu werden, ist leider gestürzt worden. Es wird endlich Zeit, daß der Magistrat den sozialen Anforderungen der Gegenwart gegenüber sich nicht so verschlossen zeigt, wie dies bisher geschehen ist. Mehr Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, die Riesengewinne für die

Stadt Berlin herauswirft, kann man füglich erwarten. Es ist jedenfalls unzulässig, daß durch die Verschleppung der Lohnverhandlungen und durch ein derartiges Angebot Konfliktstoff aufgebracht wird.

Die Straßenbahn kann sich nicht entschließen.

Gestern wurde zwischen dem Verkehrsband, dem Metallarbeiterverband und der Betriebsleitung der Straßenbahn über den Neuaufschluß des zum 1. April gefälligen Lohnvertrages verhandelt. Der Vertreter der Betriebsleitung ließ in seinen Ausführungen weder erkennen, ob die Direktion die Forderung des Personals auf eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde als berechtigt anerkennt, oder ob sie überhaupt zu Zugeständnissen bereit sei. Er erklärte vielmehr, daß es ihm unmöglich sei, eine klare Stellungnahme der Direktion bekannt zu geben, da sie erst den Ausgang der Lohnverhandlungen bei der Eisenbahn, der Reichspost, den Kommunen usw. abwarten müsse. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die Straßenbahn, wie immer, die Verhandlungen zu verschleppen beabsichtige und betonte, daß die Direktion Wert darauf lege, mit den Tarifgewerkschaften zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen.

Als Begründung für die „abwartende“ Haltung der Direktion wurde weiter angeführt, daß durch die Stellung von Anträgen des Metallarbeiterverbandes wie die Regelung der Akkordarbeit, der Gleisbauarbeit in der Hauptwerkstatt, die Schließung von Bezirkswerkstätten und Unterbringung der dadurch freierwerdenden Arbeitskräfte betreffend, eine Situation geschaffen sei, zu der die Direktion noch nicht eingehend Stellung nehmen konnte. Es war jedenfalls nicht möglich von der Direktion irgendeine klare Zusage zu erhalten, so daß die Verhandlungen vertagt werden mußten.

Trotz der gegenteiligen Ausführungen des Direktionsvertreters ließen die Verhandlungen erkennen, daß die Straßenbahnen wieder beabsichtigen, die Verhandlungen hinauszuziehen. Sie übersehen dabei aber ganz, daß die Belegschaften für dieses Verhalten kein Verständnis haben und in Anbetracht der seit dem letzten Lohnabschluß eingetretenen Steigerung der Lebenshaltungskosten auf eine ausgleichende Lohnerhöhung drängen.

Metallarbeiterausperrung in Breslau.

Ueber 10 000 Arbeiter ausgesperrt.

Breslau, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Breslauer Metallarbeiter sind seit heute morgen ausgesperrt. Es handelt sich um über 10 000 Arbeiter der Breslauer Großbetriebe, die für ihren Bezirk die Annahme des Schiedsspruchs abgelehnt hatten. Die Arbeiter des Görlitzer Bezirkes haben den Schiedsspruch angenommen und sind daher von der Aussperrung nicht betroffen. Die Breslauer Metallarbeiter hatten vor allem die Bewilligungen für die am schlechtesten bezahlten Hilfsarbeiter für ungenügend. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch für ganz Schlesien abgelehnt. Die Behörden dürfen neue Verhandlungen sofort einleiten, zumal in Breslau ohnehin fast 50 000 Arbeitslose vorhanden sind.

Lohnbewegung in der Luxuspapierbranche.

Die Unternehmer verweigern jede Lohnzulage.

Eine am Montag in den Russischerfälen togende Versammlung der in der photographischen Kunstindustrie, den lithographischen Anstalten und Luxuspapierfabriken beschäftigten Mitglieder des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter nahm den Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen, der durch Lippold gegeben wurde.

Die Verhandlungskommission fand wenig Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft, die gesungenen ist, nicht nur zu bedeutend niedrigeren Löhnen zu arbeiten, als in den übrigen Gruppen des graphischen Gewerbes hier in Berlin, sondern auch als in Leipzig, München und anderen Großstädten Deutschlands. Trotz guter Beschäftigung, trotz reichlicher Ausnutzung der Arbeitskraft durch Ueberstunden und Verrichtung von Hausarbeit nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit bis in die sinkende Nacht hinein stimmten die Unternehmer ein Mangelwort nach dem anderen an, daß sie die Notleidenden sind und die Aufträge ohne Profit, lediglich um die Betriebe offen zu halten und der Arbeiterschaft Beschäftigung zu geben, angenommen werden. Eine Lohnzulage könne nicht zugestanden werden, sondern man habe sich in Unternehmertreuen sogar mit dem Gedanken eines Lohnabbaues beschäftigt!

Nach längerer Diskussion fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 4. April 1927 in den Russischerfälen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Chromo- und Photobranche sowie Luxuspapierfabriken nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Unternehmer es abgelehnt haben, eine Lohnzulage zu geben. Die Versammelten protestieren auf das allerentschiedenste hiergegen und bedauern, daß die Unternehmer so wenig Verständnis für die Notlage ihrer Arbeiter aufbringen. Sie beauftragen ihre Branchenleitung, die Verhandlungen weiterzuführen und alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, die zu einem erfolgreichen Abschluß führen. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Branchenleitung in jeder Beziehung tatkräftig zu unterstützen.“

Generalversammlung der Buchdrucker.

Gestern Abend fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Generalversammlung der Berliner Buchdrucker statt. Aus dem Bericht des Gauvorsitzenden Braun ist folgendes hervorzuheben:

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer zählt gegenwärtig 14 016 Mitglieder. Dieser Bestand ist seit einiger Zeit stabil geblieben. Die Lehrlingsabteilung hat einen erfreulichen Aufstieg zu verzeichnen: 1898 Lehrlinge sind jetzt in der Abteilung vereinigt. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Berlin auf insgesamt 382 zurückgegangen. Dazu hat vor allem das Eindämmen des Ueberstundenunwesens beigetragen. Auch in Zukunft sind Ueberstunden möglichst zu vermeiden, sie sollen jedoch in keinem Falle das gesetzliche Maß übersteigen. Der Kassenbestand betrug am 26. März 215 530 M. Die letzte tarifliche Lohnzulage muß — entgegen einer Forderung der Unternehmer — auf alle bestehenden Löhne gezahlt werden, sofern nicht bei vorherigen Zulagen mit einzelnen Prinzipalen besondere Vereinbarungen getroffen sind.

In einer Eingabe an die Reichsregierung hat der Verbandsvorstand in schärfster Weise gegen die Gerichtsentscheidungen protestiert, die über Berufsangehörige wegen angeblichen Hochverrats oder Beihilfe dazu schwere Strafen verhängen. Noch mehr als in den Vorjahren ist es in diesem Jahre Pflicht aller Buchdrucker, sich an der Kampagne zu beteiligen. Es gilt, die Kampagne zu einer mächtvollen Kundgebung zu gestalten.

Eine sehr ausgedehnte Diskussion entspann sich über den Antrag des Maschinenwerkvereins, den Beschluß der Generalversammlung im Januar aufzuheben und den kommunistischen Vorstehenden der Maschinenfabrik, Engelmeier, nunmehr als Vertreter im Gauvorstand zu bezeichnen. Die für Aufhebung eines Generalversammlungsbeschlusses innerhalb eines Jahres statutenmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit kam in der gestrigen Versammlung nicht zustande, so daß es auch weiterhin bei der Nichtbestätigung bleibt. Als die Kommunisten ihr Ziel nicht erreicht hatten, verließen sie den Saal, ohne den nachfolgenden Vortrag anzuhören. Sie bewiesen dadurch, daß sie für die Gewerkschaftsarbeit kein rechtes Interesse haben, wenn sie ihre parteipolitischen Ziele nicht erreichen können.

Sodann hielt Regierungsrat Genosse Joachim vom Reichsarbeitsministerium einen sehr interessanten und sehr reichhaltigen Vortrag über das Thema „Das falsche System des Arbeitslebens“ unter besonderer Berücksichtigung der arbeits- und verfassungsrechtlichen Grundlagen des Faschismus.

Ausperrung in den Prachtfälen am Märchenbrunnen.

Der Inhaber der Prachtfäle am Märchenbrunnen, normals „Schweizer Garten“, der Gastwirt Laefche, der bisher weder die Löhne des Tarifvertrages zahlen wollte noch die Arbeitszeit innehielt und sein Personal von einer wilden Stellenvermittlung durch den Reiner Koltruschat bezog, erkannte am Sonnabend Abend der vergangenen Woche auf Grund eines von den Angestellten gestellten Ultimatum den Tarifvertrag an. Am Sonntag Abend aber brach er sein Wort und sperrte die Angestellten aus. Das Total ist zu meiden.

Schiedspruch in der Rheinschiffahrt.

Köln, 7. April 1927. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters sollte der Schlichtungsausschuß für die Rheinschiffahrt einen Teilschiedspruch über Löhne und Arbeitszeit. Die Löhne sollen am 1. Mai um 1,50 M. pro Woche erhöht werden, ab 1. Oktober tritt eine weitere Steigerung um 1,50 M. ein. Die Arbeitszeitregelung bleibt mit einigen Änderungen nach dem Antrag der Arbeiter in Kraft, darunter fällt die grundsätzliche Anerkennung von Sonntagsruhe, die Verpflichtung unbedingter Einhaltung von freien Sonntagen und für die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Erklärungsfrist läuft am 13. April mittags 12 Uhr ab.

Lohnbewegung der mitteldeutschen Gemeindegewerkschaften.

Magdeburg, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer stark besuchten Funktionäerversammlung aller städtischen Betriebe Magdeburgs wurde gestern zu dem Schiedspruch des mitteldeutschen Tarifamtes Stellung genommen, der für die mitteldeutschen Gemeindegewerkschaften der städtischen Verwaltungen den Spitzenlohn ab 1. April um 5 Pf. und ab 1. Oktober um weitere 2 Pf. erhöhte. Die übrigen Lohngruppen bleiben im bisherigen Verhältnis zum Spitzenlohn. Ein gleicher Schiedspruch wurde für die mitteldeutschen Straßenbahnen gefaßt. Die Magdeburger Funktionäre lehnten den Schiedspruch als vollständig ungenügend einmütig ab.

Beschäftigung von Notstandsarbeitern.

B.B. Nach dem Eintritt der milderen Bitterung ist die Zahl der Erwerbslosen, die bei öffentlichen Notstandsarbeiten beschäftigt werden, in erfreulicher Weise gestiegen. Sie betrug am 15. März, nach den Meldungen der öffentlichen Arbeitsnachweise, insgesamt 176 609 (davon 148 879 Erwerbslose und 27 730 Arbeitsunterstützte), das sind 106 Proz. der Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen. Der höchste Stand der Beschäftigung von Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten, der bisher seit der Stabilisierung der Markt überhaupt erreicht worden ist (170 105 am 15. Mai 1926) ist damit überschritten.

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Felix. Kasper; Redaktion: R. A. Böcher; Verlags- und Buchhändler: Fritz Korb; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Verlags- und Buchhändler G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

MARZIPAN-EIER - OSTER-ARTIKEL - SCHOKOLADEN

Oster-Spezialitäten:
Marzipan-Eier zu 5, 10, 20, 50, 100 usw.
Creme-Eier, Knickebohn-Eier, Kibitz-Eier
Oleo- und Dessert-Eier

Prima Schoko/aden-Ostereier
in allen Proportionen
Originelle Schokoladen-Gruppen
Ostereier in allen Größen

Erstklassige Qualitäts-Schokoladen:
Raspelchokolade . . . 1 Pfd. 0.50
Kaffee, prima . . . 1/2 Pfd. 1.50 u. 2.-
Spezial-Teepackung . . . 50 g 0.60

Bekannteste Spezialitäten:
Schokoladen-Waffeln . . . 1/2 Pfd. 0.50
Creme Gebäck . . . 1/2 Pfd. 0.50
Feinstes Kakaopulver 1/2 Pfd. 0.30, 0.40, 0.50

FILIALEN IN ALLEN STADTTHEILEN - TAGLICH FRISCHE WARE

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Wo spielt man
auf n. billig?
Auf
Groß-Berlin
Alexanderplatz.
Pumpen.
Neben, Filter,
Ersatzteile
Preisliste gratis.
Koblanck
Pumpenfabrik
Berlin N 65,
Reinholdstraße 31. 35

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
(Fugenlos)
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
= Ständer ca. 3000 St. auf Lager =
Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12

L. JUERGENS
ALEXANDER PLATZ
In Fabrik
wie Autogramm


Küchen
auch auf Teilzahlung!
von 42 M. an.
Ankleideschränke / Badstühlen
Waschkommoden / Nachtschränke
Bei geringer Anzahlung
sofortige Lieferung.
Küchenmöbel-Fabrik-Lager
Adolf Zebrowski
Berlin O 27, Paul-Singer-Str. 54
am Andreasplatz. Tel. Alex. 5908